

Ausgaben für wirtschaftliche Sozialhilfe steigen erstmals seit Jahren wieder

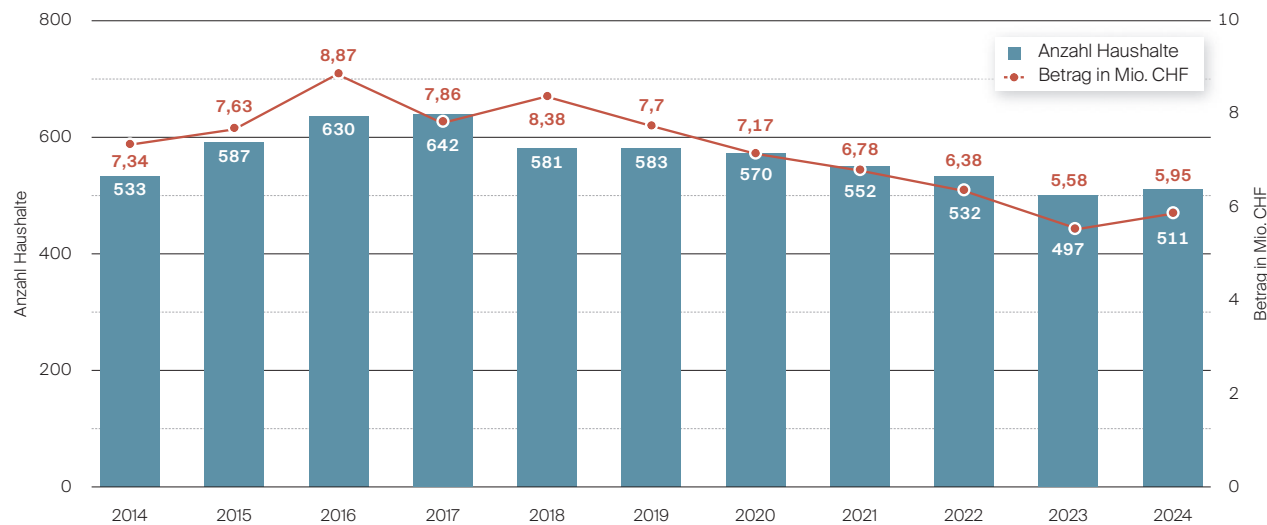
Der Staat gab 2024 sieben Prozent mehr für die Sozialhilfe aus als im Vorjahr. Es ist zudem der erste Kostenanstieg seit 2018.

Daniela Fritz

5,95 Millionen Franken leistete das Land im vergangenen Jahr an wirtschaftlicher Sozialhilfe. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Plus von sieben Prozent. Laut dem Amt für Soziale Dienste liegt der Anstieg vor allem daran, dass die unterstützten Haushalte weniger Einkommen und geringere Nachzahlungen von Renten und Ergänzungsleistungen erhielten. Zudem wurde die Teuerung beim für die Berechnung angenommenen Grundbedarf für den Lebensunterhalts erhöht.

Mit der wirtschaftlichen Sozialhilfe soll der Existenzbedarf gedeckt werden, wenn dies den Betroffenen aus eigener Kraft nicht möglich ist. Reichen das eigene Einkommen, Sozialversicherungs- und Unterhaltsleistungen nicht aus, um den Grundbedarf für den Lebensunterhalt, die Wohnkosten sowie gesundheitsbedingte Kosten zu decken, übernimmt die Differenz der Staat. Je nach Familienkonstellation ist die Höhe der Sozialhilfe unterschiedlich. Im Beispiel einer Alleinerziehenden mit einem Kind wird als Grundbedarf ein monatlicher Betrag von 1815 Franken angenommen, in einem Singlehaushalt wären es 1186 Franken. Dazu kommen noch die Ausgaben für Miete und Krankenkassenprämien. Von dieser Summe werden wiederum das eigene Einkommen und andere Leistungen abgezogen: Die Höhe der Sozialhilfe bemisst sich an der Differenz.

Wieder mehr Haushalte auf Sozialhilfe angewiesen: Staat zahlte 5,95 Millionen Franken aus



Quelle: Rechenschaftsberichte der Regierung; Grafik: Stefan Aebi

Bei 157 Personen bestand 2024 kein Anspruch auf Sozialhilfe, weil das Existenzminimum gedeckt war. 511 Haushalte erhielten hingegen Sozialhilfe zugesprochen, wie aus dem Rechenschaftsbericht hervorgeht. Das sind 14 mehr als im Vorjahr, liegt aber immer noch unter dem zehnjährigen Durchschnitt. Die Sozialhilfequote – also der Anteil der Bevölkerung, der Sozialhilfe beziehungsweise im Vergleich zum Vorjahr, blieb im Vergleich zum Vorjahr trotzdem stabil auf 1,9 Prozent. Auch wenn nur wenige Haushalte auf Sozialhilfe angewiesen sind: Laut dem Armutsbericht 2023 wird davon ausge-

gangen, dass 14,1 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet sind. Ohne staatliche Transferleistungen wäre es sogar fast jeder Fünfte.

Zur Hälfte sind Singlehaushalte betroffen

In den 511 mit Sozialhilfe unterstützten Haushalten wohnten 996 Personen (2023: 950), wovon 774 finanzielle Unterstützung erhielten. Rund die Hälfte der Betroffenen lebten in einem Einpersonenhaushalt, ein Viertel zu zweit, der Rest der Haushalte bestand aus drei Personen oder mehr. Am häufigsten benötigten Menschen zwischen

26 und 45 Jahren eine Unterstützung.

Die Gründe, warum jemand seinen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten kann, sind mannigfaltig: Personen in Ausbildung, mit Erwerbsbeeinträchtigung, in persönlichen Krisen oder mit Suchtproblematiken können in finanzielle Not geraten. Zu den häufigsten Gründen für den Bezug von Sozialhilfe zählt jedoch Arbeitslosigkeit, hier ist im Vergleich zum Vorjahr auch der deutlichste Anstieg zu beobachten. Das spiegelt die allgemeine Entwicklung wider: Die Arbeitslosenquote in Liechten-

stein stieg 2024 von 1,3 auf 1,6 Prozent. Viele Betroffene (104) sind zudem trotz eines 100-Prozent-Pensums auf Sozialhilfe angewiesen, weil das Einkommen zu gering war. Sie gehören zu den «Working Poor». Andere arbeiten in Teilzeit, waren selbstständig oder erhielten zu geringe Leistungen, um das Existenzminimum zu sichern. 65 Personen waren alleinerziehend.

Weitere Unterstützungen durch den Staat

Im Rahmen der wirtschaftlichen Hilfe bietet die öffentliche Hand auch Arbeitsprojekte an,

dafür gab der Staat im vergangenen Jahr rund 216 000 Franken aus. Die so beschäftigten Personen konnten mit diesem Einkommen ihr Existenzminimum decken. Auch die Kosten für stationäre Aufenthalte werden durch die wirtschaftliche Sozialhilfe übernommen. Da sowohl die Anzahl der Klienten als auch die durchschnittliche Belegungsdauer gestiegen sind, fielen dafür im 2024 mehr Kosten an. Die Ausgaben lagen bei 4,5 Millionen. In Summe gab der Staat für Sozialhilfe, Arbeitsprojekte und stationäre Betreuung somit 10,6 Millionen Franken aus – neun Prozent mehr als im Vorjahr.

Zudem leistete das Land Mietbeiträge an 245 Familien im Umfang von 1,8 Millionen Franken. Zwar wurden etwas mehr Haushalte unterstützt, die Ausgaben lagen aber dennoch rund 100 000 Franken unter dem Vorjahr. Das liegt daran, dass die Entlastungsmassnahmen zur Abfederung der Energiepreise Ende 2023 ausliefen.

Prämienverbilligung ist ein weiteres Mittel, um einkommensschwächeren Personen unter die Arme zu greifen. Im vergangenen Jahr suchten 7266 Menschen darum an, zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Eine Zusage erhielten 82 Prozent der Antragstellenden. Durchschnittlich verbilligt sich die Krankenkassenprämie dadurch um 194 Franken pro Person. Der Aufwand für den Staat betrug 2024 insgesamt 13,9 Millionen Franken.